PB.Z-01-1022

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Daniel Frank (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Nach Zeile 1022 einfügen:

Die Europäische Union den Europäer*Innen näherbringen

Wir setzen uns für eine kontinuierliche Informationskampagne ein, die das Image der EU in Deutschland gezielt verbessern soll und sich dazu verschiedener Kanäle wie öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Social Media, Pressearbeit usw. bedient. Diese Informationskampagne soll auch und vor allem Bürger*Innen erreichen, die kein originäres Interesse haben, sich freiwillig über die EU und ihre
Institutionen zu informieren. Wir wollen mit dieser Informationskampagne vor allem nach Innen wirken, um ein Interesse der Bürger*Innen an der EU zu wecken. Dazu soll auch die politische Sprache europafreundlicher ausgerichtet werden, hin zu einem erklärenden und vermittelnden Ansatz unserer Politiker*Innen auf allen Ebenen

Begründung

beschlossen in der LAG FREI, Hessen

Nach wie vor ist bei Bürger*Innen das Thema Europäische Union eher negativ besetzt. Die Wahlbeteiligung liegt bei europäischen Wahlen in Deutschland deutlich niedriger als bei anderen Wahlen. Die EU gilt immer noch häufig als bürokratisch, unflexibel und teuer. Wie stark das tägliche Leben schon durch die EU beeinflusst wird und welche Vorteile sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU selbst auf kommunaler und privater Ebene ergeben, ist zu wenig bekannt.

Weiterhin muss ein Umdenken in der deutschen Bundespolitik erfolgen, in der es Usus ist, alles Schlechte immer noch auf Brüssel zu schieben, auch wenn man selbst diese Entscheidungen mitgetragen und zuweilen sogar mitentschieden hat. Die Informationskampagne muss Hand in Hand gehen mit einem politischen Willen, die EU weiterzuentwickeln und als Stabilitätsfaktor für den europäischen Kontinent zu bewahren.

Auf der einen Seite versuchen wir eine Förderale Republik Europa zu forcieren und "Mehr-Macht-nach-Brüssel" voranzutreiben. Auf der anderen vergessen wir aber, dass es eine breite gesellschaftliche Mehrheit braucht, um dieses Thema voranzutreiben. Bleibt der Gedanke "Europa" aber in vielen Köpfen mit der genormten Gurke und dem Hin- und Her bei so wichtigen Fragen wie einer gemeinsamen Außenpolitik verhaftet, dann wird eine Mehrheit keine Föderale Europäische Republik teilen. Von daher fordern wir einen Passus im Programm, der diesen Missstand mit gezielten Maßnahmen angeht und versucht zu beenden.

weitere Antragsteller*innen

Robert Schuppan (KV Frankfurt); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Erik Düwel (KV Frankfurt); Martina Geis (KV Frankfurt); Simona Hepp (KV Frankfurt); Sven Ganter (KV Frankfurt); Gabriele Trah (KV Frankfurt); Wanja de Sombre (KV Darmstadt); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Timm Scheibach (KV Wetterau); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Sebastian Nitz (KV Frankfurt); Lena Zielke (KV Hochtaunus); Burkhard Schwetje (KV Frankfurt); Thomas Gutmann (KV Frankfurt); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Ingmar von Franqué (KV Frankfurt)